



Noch 200 Tage, dann heisst es wieder: Wysonntig

Der Tegerfelder Wysonntig rückt näher. Vom 20. – 22. September 2024 verwandelt sich die Dorfstrasse in eine lebendige Festmeile und es heisst drei Tage lang: geniessen, erleben und feiern.

TEGERFELDEN – Ein dreizehnköpfiges Team plant unter der Leitung von Erwin Baumgartner ein abwechslungsreiches Unterhaltungsprogramm. Alle Teammitglieder sind mit Herzblut und Freude da-

bei. Auch dieses Jahr präsentieren heimische Winzer ihre Kreationen und laden dazu ein, ihre edlen Tropfen zu verkosten. Die Tegerfelder Vereine bewirten die Besucherinnen und Besucher in ihren liebevoll geschmückten Festbeizen mit feinem Essen, Getränken und natürlich mit auserlesenen Weinen aus der Region. Das Rahmenprogramm umfasst auch bei der bevorstehenden Ausgabe zahlreiche Höhepunkte, darunter musikalische Darbietungen verschiedener Bands, Spiel und Spass sowie weitere Überraschungen.

Das Organisationskomitee hat für die kommende 17. Ausgabe des

Wysonntigs tatkräftige Unterstützung von Daniel Mühlebach und Elias, Samuel, Valentin sowie Isabel Jeggli erhalten. Sie übernehmen die Ressorts Finanzen und Bau. An dieser Stelle möchte sich das OK herzlich bei Desideria Deppeler, René Baumgartner und Daniel Mühlebach für ihr Engagement in den vergangenen Jahren bedanken.

Also, unbedingt das Datum für den 17. Tegerfelder Wysonntig im Kalender markieren. Das OK Wysonntig freut sich jetzt schon auf ein fantastisches Festwochenende mit zahlreichen persönlichen Begegnungen!



Die Zurzibiet Frauen lernen einen vierbeinigen Roboter kennen, der sich noch im Projektstadium befindet, künftig aber für Sicherheits-Rundgänge eingesetzt werden soll.

Zurzibiet Frauen im Zementwerk

Einen besonderen Einblick erhielten die Mitglieder des Vereins Zurzibiet Frauen vor ihrer Generalversammlung am vergangenen Donnerstag. Ihr Mitglied Sonja Keller führte sie über das Gelände ihrer Arbeitsstätte, der Holcim AG in Würenlingen.

ZURZIBIET (Isp) – Sonja Keller ist beim Zementwerk im Bereich Qualität und Umwelt tätig. Bereits zu Beginn trafen die Frauen auf ein erstes innovatives Projekt der Firma: Ein vierbeiniger Roboter,

von Zement und durfte neben einem dankenden Applaus auch ein kleines Geschenk entgegennehmen.

Rückblick und Abschied

Nach der Führung fand im Blauen Topf, der Kantine der Holcim, die Generalversammlung statt. Rückschau zum Programm 2023 wurde gehalten. Ein Höhepunkt des vergangenen Jahres war sicher das Podium der Ständeratskandidatinnen vom Mai in Lengnau. Neu konnte Isabel Treyer aus Kleindöttingen in den Vorstand gewählt werden.

Allerdings treten auch zwei Frauen aus dem Vorstand zurück. So Susanne Holtz aus Lengnau, die seit der «Geburtsstunde» des Vereins ihre Talente und ihr Netzwerk zugunsten des Vereins einbringt. Sie hat dem Vorstand der Lengnauer

Hilfe erwünscht

Das Vorstandsmitglied Regula Schneider führte danach aus, dass dringend mehr Unterstützung in der Vorstandsarbeit benötigt wird. Es sind seitens Vorstand verschiedene Möglichkeiten angedacht. Es kann Arbeitsgruppen geben, einen Helferinnen-Pool, oder es können einzelne Aufgaben auch ausserhalb des Vorstandes erledigt werden.

Ein kurzer Ausblick auf das neue Programm zeigte auf, dass es wieder einiges zu tun gibt. Das Grossratskandidatinnen-Podium vom 2. Mai braucht helfende Hände. Neben Theater- und Kinobesuch wird auch mal eine Kugel geschoben beim Pétanque. Eine Käsedegustation wie auch der traditionelle Chlauseinbruch sollen auch die Geschlossenheit stärken. Der Be-

Grossratskommentare

Wegleitende und zukunftsgerichtete Geschäfte

Am vergangenen Dienstag standen wichtige Geschäfte aus den Departementen Bildung, Kultur und Sport (BKS), Bau, Verkehr und Umwelt (BVU) sowie Volkswirtschaft und Inneres (DVI) an.

Zuerst wurde aus dem Departement BKS die zukunftsgerichtete und wegleitende Frage der Aufnahme von zwei neuen Mittelschulstandorten in Lenzburg und Windisch behandelt. In der Debatte wurde aus Kostengründen auch für eine Reduktion des Bedarfs mittels Einführung einer Quote oder eine Staffelung der Aufnahme und Realisierung von Standorten plädiert. Diese Vorschläge vermochten jedoch nicht zu überzeugen. Der Rat folgte dem Regierungsrat und genehmigte die Aufnahme der beiden Standorte einstimmig.

Danach standen die Geschäfte des Departements BVU an. Nebst verschiedenen Interpellationen hatte sich der Grosse Rat schweremässig mit einer Teiländerung des Baugesetzes zu befassen. Den Ursprung fand dieses Geschäft auf eidgenössischer Ebene. Seit 2021 bezahlt der Bund bei Enteignungen den dreifachen Wert des landwirtschaftlichen Kulturlandes, wenn er solches für seine Bauten und Anlagen benötigt. Im Kanton Aargau war dem bislang nicht so. Anders als beim Bund und in verschiedenen umliegenden Kantonen wird im Aargau nur eine einfache Entschädigung geleistet. Gestützt auf einen Vorstoss sollte die Rechtslage im Kanton nun an das Bundesrecht angeglichen werden. Wegen rechtlicher Bedenken sah der Regierungsrat in seiner Vorlage aber nur eine Erhöhung der Entschädigung auf das Doppelte vor. Dies sah die vorbereitende Kommission nicht als sinnvoll an. Auch der Grosse Rat kam nach intensiven Diskussionen über die Verfassungskonformität einer solchen Bestimmung und dem Sinn einer Änderung, die doch keine vollständige Angleichung erreicht, zum selben Ergebnis. In der Abstimmung wurde die dreifache Entschädigung deutlich mit 88 zu 36 Stimmen bei 5 Enthaltungen gutgeheissen. Zum doch bemerkenswerten Abstimmungsverhalten verweise ich auf den Bericht meines Grossratskollegen Hanspeter Hubmann.

Zudem standen die Geschäfte des Departements DVI auf der Traktandenliste. Die anstehende Änderung des VRPG des Verwaltungsverfahrensrechtes, welches die «Spielregeln» für öffentliche rechtliche Verfahren vorgibt, gab dabei schon im Vorfeld viel zu reden. Bereits in der Behandlung in den Kommissionen zeigte sich, dass der vorliegende Entwurf viele Fragen aufwirft und teilweise als ungenügend angesehen wird. Aus den Kommissionen gingen deshalb zahlreiche Anpassungsvorschläge hervor. Vom Regierungsrat wurden diese Änderungsanträge aber nicht aufgenommen und der ursprünglichen Vorlage festgehalten. Weiter wurde die Zweckmässigkeit einer Revision im jetzigen Zeitpunkt infrage gestellt: Aufgrund der in absehbarer Zukunft erforderlich werdenden Anpassungen im Zusammenhang mit dem Projekt Justitia 4.0, welches die Digitalisierung der Schweizer Justiz verfolgt, würde in kürzester Zeit eine erneute Anpassung des VRPG notwendig.

Ausserdem wurden die im Gesetzesentwurf in Bezug auf den elektronischen Rechtsverkehr bereits vorgesehenen Änderungen als unvollständig und ungenügend beurteilt. Nach eingehender Diskussion kam der Grosse Rat mit deutlicher Mehrheit (81:48) zum Schluss, nicht erst auf das Geschäft einzutreten, womit die Revision des VRPG vorläufig vom Tisch ist.

Während der Coronakrise stellte sich die Frage, wer in solchen Ausnahmesituationen bestimmen soll. Im Bericht zum diesbezüglichen Vorstoss lehnt der Regierungsrat mehr Mitsprache des Parlaments in Notlagen mit der Begründung ab, dass dies die Entscheide verzögern würde und nicht krisentauglich wäre. Wenig überraschend zeigte sich Unmut aus den Reihen des Grossen Rates. Davon von einer Subkommission aber parallel eine parlamentarische Initiative zur Revision des Notrechts erarbeitet wird, blieb vorläufig dabei und das Geschäft samt Bericht wurde einstimmig mit 12 zu 0 Stimmen abgeschrieben.

Dr. Philipp Laube,
Grossrat Die Mitte, Lengnau

Im Sinne der Kantischüler, der Bauern und der Sicherheit

Auch die neue Session bringt wieder personelle Wechsel mit sich: Nicola Bosshard (Grüne) und Brigitte Vogel (SVP) treten aus persönlichen beziehungsweise gesundheitlichen Gründen zurück. Der Rat wünscht Brigitte Vogel alles Gute für eine gründliche Genesung. Für die ebenfalls krankheitshalber bis Juli ausfallende Luzia Capanni (SP) wurde die Brugger Stellvertreterin Franziska Rabenschlag vereidigt.

Dann wurde der Blickwinkel schnell einmal auf einen grösseren Zeitraum ausgerichtet. Dazu musste allerdings erst in die Vergangenheit ausgeholt werden: Vor mehr als 50 Jahren wurde im Aargau der letzte Mittelschulstandort realisiert. Seither hat man sich «aus Spargründen» mit Provisorien beholfen. Das führte zur heutigen Situation, da aufgrund der aktuellen und zu erwartenden Schülerzahlen zwei neue Mittelschulen geplant und gebaut werden müssen. Die Realisierung der Standorte Lenzburg und Windisch ist unbestritten. Ein Minderheitsantrag wollte das Problem durch Begrenzung der Maturitätsstellen im Aargau lösen. Ein

nur die Landwirte teilten. Beim Baugesetz ging es um die Frage, wie enteignetes Land entschädigt werden sollte. Mit dem Zweifachen des Höchstpreises fand der Regierungsrat. Mit dem Dreifachen fand die Kommission. Da taten sich bei dieser Vorlage neue Gräben auf: FDP und GLP fanden es «unanständig», so viel zu verlangen. SVP, Grüne, Mitte und SP fanden es eher «unanständig», die nicht vergüten zu wollen. Der Rat entschied sich mit grossem Mehr im Sinne der Bauern.

Am Schluss ging es noch um Sicherheitspolitik. SVP-Grossrat Miro Barp (Brugg) verlangte eine Erhöhung der Polizeipräsenz an Örtlichkeiten, an denen es vermehrt zu strafbaren Handlungen komme, zum Beispiel am Aare-Ufer in Brugg. Barp wollte bei der Kantonspolizei sechs zusätzliche Stellen bewilligt und weitere Massnahmen zur Verbesserung der Sicherheit im öffentlichen Raum getroffen haben. Würde der Stellenplan der Kantonspolizei im Sinne der Motion um sechs Vollzeitstellen erhöht, würde die Laufzeit des Regierungsrats zu jährlich wieder-